

Buchbesprechungen

Florian Bettel/Julia Mourão Permoser/Sieglinde Rosenberger (Hg.)

LIVING ROOMS – POLITIK DER ZUGEHÖRIGKEITEN IM WIENER GEMEINDEBAU, Wien/New York 2013, Springer, 304 S., 29,95 EUR.

Living rooms – Politik der Zugehörigkeiten im Wiener Gemeindebau wurde als eines der schönsten Bücher Österreichs des Jahres 2013 ausgezeichnet – zu Recht. Das Buch überzeugt gestalterisch in seiner Verknüpfung von wissenschaftlichem Text, künstlerischer Fotografie und verbildlichten Statistiken. Es zeichnet sich aber auch inhaltlich und methodologisch aus, wie im Folgenden umrissen werden soll. Im Zentrum von *Living rooms* steht die Frage der Zugehörigkeit: Wie wird Zugehörigkeit definiert, mobilisiert, politisiert, gelebt und infrage gestellt? Gegenstand der Untersuchung ist der Alltag im Wiener Gemeindebau. Zugehörigkeit wird also nicht nur abstrakt behandelt, sondern konkret verortet: in der Wohnumgebung von gut einem Viertel der Wiener Gesamtbevölkerung. Der Sammelband macht auf eindrückliche Weise deutlich, dass rein formal-rechtliche Zuschreibungen, wie Ethnizität oder Nationalität, zwangsläufig eine Verkürzung von Zugehörigkeit darstellen.

Der politikwissenschaftliche Kernbeitrag von Julia Mourão Permoser und Sieglinde Rosenberger schafft in einem ersten Schritt einen allgemeinen, analytischen Rahmen für den Begriff Zugehörigkeit, um in einem nächsten Schritt dessen konkrete Mobilisierung im Wiener Gemeinderatswahlkampf 2010 kritisch zu durchleuchten. Seit der Öffnung des Gemeindebaus für nicht-österreichische bzw. Nicht-EU-BürgerInnen im Jahr 2003 beträgt der Anteil von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund etwa 40 Prozent. In diesem Umfeld setzt, wie die Autorinnen aufzeigen, die FPÖ auf eine Politik der Nicht-Zugehörigkeit: Der Gemeindebau – eine knappe soziale Ressource – sollte österreichischen StaatsbürgerInnen vorbehalten sein. Die SPÖ hingegen verfolgt, so eines der Argumente der Autorinnen, eine postnationale Politik der Zugehörigkeit: Weder Staatsbürgerschaft noch Ethnizität stehen im Vordergrund, sondern das „geregelte Zusammenleben aller“. Mittels Hausordnung, schlichtender Ordnungskräfte und HausbesorgerInnen soll eine weitgehend depolitisierte „gute Nachbarschaftsbeziehung“ hergestellt werden.

Aus historischer Perspektive aber scheint Depolitisierung keine neue, sondern eine erprobte Strategie der österreichischen Sozialdemokratie zu sein. Wie aus den autobiografischen Beiträgen von Franz Schuh und Ernst Strouhal hervorgeht, war der Gemeindebau bereits nach 1945 so weit entpolitisiert, dass viele seiner von Deprivation gezeichneten BewohnerInnen nicht mehr den Sozialismus antizipierten, sondern eher die Fernheizung.

Aber welche konkrete Utopie, so fragt der Soziologe Christoph Reinprecht in seinem Beitrag, könnte der Wiener Gemeindebau heute noch verkörpern? Das Mögliche am Horizont des Realen, also die konkrete Utopie des Gemeindebaus, ist die Idee der Wohnung als Gemeingut. Diese Idee umfasst zum einen ein Recht auf Wohnen als ein *universelles* Wohlfahrtsrecht. Zum anderen könnte der Gemeindebau als ein Ort des demokratischen Partizipierens ausgebaut werden, ein Ort, an dem weder der Staat noch die Stadt ermächtigt, sondern an dem sich die BewohnerInnen selbst organisieren, wie einst die Pioniere vom Rosenhügel, die ihre Häuser nicht nur selber erbauten, sondern auch verwalteten. Es bedürfte allerdings weitgehender normativer Erkundigungen, um herauszufinden, wie heutige Wege zu dekommodifiziertem, demokratischem Wohnraum aussehen könnten.

Dass der Gemeindebau in seinen Ursprüngen ein Ort der Emanzipation war und nicht, wie das in den letzten Jahren zusehends in den österreichischen Medien vermittelt wurde, ein Ort des sozialen Statusverlusts, davon erzählt der Beitrag von Eve Blau. Die Architekturhistorikerin macht deutlich, wie das Rote Wien Wohnraum schuf, der für die damalige Arbeiterschaft eine neue Dimension an Lebensqualität verkörperte. Im Gegensatz zu den überbelegten und überteuerten Wohnungen in den sogenannten Zinsburgen der Außenbezirke, boten die oft zentral gelegenen Gemeindebauten Wohnungen mit direktem Licht, ausreichender Belüftung und guter Grundausstattung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterschaft wurde ihr Privatsphäre zugestanden, Privatsphäre, die durch eine umfassende gemeinschaftliche Infrastruktur ergänzt wurde. Was aus Blaus historischer Analyse ebenfalls klar hervorgeht, ist, dass die Vorlieben und Aneignungen der BewohnerInnen durchaus Eingang in die Typologie des Roten Hofes und der Arbeiterwohnung fanden, trotz der Tatsache, dass der Wiener Gemeindebau weder ein Experimentierfeld für radikale Architektur noch für demokratische Mitbestimmung war.

Die soziale Konstruktion von Architektur und den damit verbundenen tatsächlichen sowie angenommenen und zugeschriebenen Zugehörigkeiten ihrer BewohnerInnen steht auch im Vordergrund des Beitrages der Filmemacherin Heidrun Holzfeind. Im Zentrum ihrer Analyse diverser Wohnbauten der architektonischen Moderne steht die Dialektik zwischen utopistischem Versprechen und tatsächlich angeeignetem Raum. Entgegen dem vielfach konstatierten Scheitern der modernen Wohnmaschine, also dem durchrationalisierten Wohnraum für die Masse, unterstreicht Holzfeind, dass Gemeinschaft und Zugehörigkeit weniger eine Frage der architektonischen Form, sondern vielmehr eine Frage der jeweiligen Aneignung durch die BewohnerInnen ist. Während die Formenspra-

che des Roten Wiens der architektonischen Moderne kritisch gegenübersteht, verweist die Formensprache von Massenwohnprojekten der Nachkriegszeit, wie zum Beispiel Roms Corviale, auf das Versprechen der Moderne, den Alltag zu revolutionieren. Es scheint aber, dass der „reluctant modernism“ des Roten Wiens in der Zwischenkriegszeit in vielerlei Hinsicht revolutionärer war als der „high modernism“ des Wohnbaus nach 1945. Könnte es sein, dass der Grund dafür darin liegt, dass im Wohnungsbau des Roten Wiens die soziale Utopie in der Politik lag und nicht, wie das im Massenwohnungsbau der Nachkriegszeit der Fall war, nur mehr noch in der architektonischen Form? Das ist eine der Fragen, die aus der Lektüre von Blas und Holzfeinds Beiträge hervorgeht.

Wie Raum konkret angeeignet und dadurch Zugehörigkeit konstruiert wird, darüber geben Wohnzimmer und ihre Objekte besonders viel Aufschluss. In ihnen fließt Politisches/Kollektives und Privates/Subjektives ineinander. Florian Bettel, Julia Mourão Permoser und Julia Rosenberger unterstreichen in ihrem Beitrag, dass die Suche nach Zugehörigkeit(en) in Wohnzimmern zumeist zur Sehnsucht nach Heimat führt. Fotografische Porträts von Wohnzimmern verdeutlichen, wie wichtig Alltagsobjekte für die Konstitution von Subjekten sind. Die Fotoserie wird von Interviews mit BewohnerInnen komplementiert. Bild und Text in Kombination legen dar, dass Heimat eine höchst subjektive Kategorie ist, die oft vielmehr mit subjektiven Orten der Erinnerung als mit kollektiven Orten der Gegenwart zu tun hat – eine Darstellung, die ein kritisches Licht auf jedwede kollektive Politik der Zugehörigkeit wirft.

Mehrere Beiträge des Buches beschäftigen sich mit einem fiktiven Wohnzimmer, einem *white cube*, der in einem der Wiener Gemeindebauten aufgebaut wurde. Der geschaffene Raum wurde von unterschiedlichen Gruppen mit Möbeln und Wohnobjekten eingerichtet. Antagonistische Zweierkonstellationen wie „Jung“ versus „Alt“, „Neuzugezogen“ versus „Alteingesessen“, „ArbeiterInnen“ versus „KünstlerInnen“ wurden dazu aufgefordert, sich als Gruppe zu verständigen, um dann ein „typisches“ Wohnzimmer ihres Gegenübers einzurichten, wobei die jeweiligen Vorstellungen vom Gegenüber immer wieder durch diverse akustische Einspielungen infrage gestellt wurden. Das inspirierend Innovative an diesem Projekt ist, dass es die Konstruktion von Zugehörigkeit real erlebbar machte und zu dem Ergebnis führte, dass die Aufgabe des Zuschreiben-Sollens von den Beteiligten zumeist als unbehaglich und äußerst schwierig wahrgenommen wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Buch *Living rooms* vor allem zwei wichtige Beiträge leistet: Es unterstreicht die *politische* Relevanz von Raum, Materialität und Alltag für die Analyse von Zugehörigkeit jenseits des Formal-Rechtlichen; es zeigt, wie Kunst und Sozialwissenschaft so miteinander verschränkt werden können, dass Kritik als Analyse nicht nur abstrakt begreifbar, sondern

konkret erlebbar wird. *Living rooms* zählt zu den schönsten Büchern des Jahres 2013 – so das Urteil des Hauptverbandes des österreichischen Buchhandels. Das Urteil stimmt, auch aus wissenschaftlicher Sicht, weil in seiner Kritik des Alltags die Politik nicht hinter Kultur verschwindet und weil in seiner Methodik die Kunst als Kritik fungiert.

Margaret Haderer (Wien/Toronto)

E-Mail: margaret.haderer@mail.utoronto.ca

Walter Rohn

DIE NEUE KULTUR AM RAND DER STÄDTE: WIEN UND PARIS, Wien 2013, Praesens Verlag, 327 S., 29 EUR.

Vorliegendes Buch beschäftigt sich mit Kultur und Kulturpolitik und wählt als empirischen Zugang einen Vergleich der Außenbezirke in Wien und Paris. Für Wien sind das drei Wiener Außenbezirke (Ottakring [16.], Döbling [19.] und Floridsdorf [21.]) und für Paris ein Pariser Randbezirk (Ménilmontant [20.]). Damit gelingt es dem Autor Walter Rohn, ein neues Themenfeld über einen komparativen und innovativen Ansatz spannend zu erschließen. Walter Rohn ist seit 1988 Mitarbeiter des Instituts für Stadt- und Regionalforschung (ISR) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und damit ein ausgewiesener und anerkannter Kenner von Kultur und Stadtentwicklung. Das Buch basiert auf einem vom Kulturamt (MA 7) der Stadt Wien mitfinanzierten und am ISR durchgeführten Forschungsprojekt.

Methodisch verfolgt das Buch einen ambitionierten Zugang. Neben einem Vergleich von kulturpolitischen Konzeptionen der Städte Wien und Paris auf Basis von einschlägigen Dokumenten wurden insgesamt 52 Tiefeninterviews in Wien und in Paris durchgeführt, die sich bezogen auf ProtagonistInnen von Kulturinitiativen und Interviews mit Verantwortlichen des Bezirks. Ein Fokus in Wien galt der Befragung von 13 ExpertInnen zu den möglichen Auswirkungen von Kulturprojekten auf Stadtentwicklung, den Umrissen einer Kulturpolitik für städtische Randzonen sowie zu acht konkreten Maßnahmen zur Förderung der Kultur in den Wiener Außenbezirken. Die Zusammensetzung dieser in Wien befragten ExpertInnen war dabei wie folgt: drei TrägerInnen hochrangiger politischer Funktionen; vier ExpertInnen für Stadtentwicklung; drei Kulturfachleute; und drei ProponentInnen von Kulturinitiativen. Der gesamte Untersuchungszeitraum erstreckte sich von 2006 bis 2012 (Letztstand der Erhebungen war 2012).

Das besprochene Buch zeigt auf, wie sich die Situation in Wiens Außenbezirken darstellt. Die sogenannte Wiener Strategie besteht darin, dass es in den Randbezirken vor allem eine Konzentration mittlerer und kleiner Projekte mit vorwiegend privaten AkteurInnen gibt. Eine Gesamtstrategie zur Integration von Kunst und Kultur fehlt.

In Paris treffen wir hingegen auf eine Situation, wo an der Peripherie größere Projekte angegangen werden, um hier auch bewusster Akzente zu setzen.

Die Wiener Strategie – vor allem die der SPÖ – gibt jedoch einige Rätsel auf. In etwa drei Viertel der Wienerinnen und Wiener leben in den Außenbezirken. Dem steht gegenüber, dass schätzungsweise 80 Prozent der städtischen Kulturmittel in die Bezirke 1–9 (also innerhalb des Gürtels) fließen. Hier liegen die großen Kultureinrichtungen sehr zentral, und über öffentliche Verkehrsmittel (wie U-Bahn) werden die in den Außenbezirken lebenden Menschen zu den zentralen Kultureinrichtungen gebracht. Kommunikation über Kultur und Kulturpolitik wäre für die SPÖ eine Möglichkeit, auf die in den Randbezirken lebenden Menschen zuzugehen, Kontakte herzustellen und damit auch dem Populismus gegenzusteuern. Wer im Rahmen von Kultur „hinaus-geht“, hat alle Möglichkeiten, mit den Menschen an der Basis Kontakt zu halten oder einen solchen aufzubauen. Eine Vernachlässigung des Stadtrandes ist aus Sicht einer Wahlstrategie (WählerInnenmaximierung) zu vermeiden.

In Paris gibt es verbreiteter die Konzeption der Stadtentwicklung über Kultur und Kulturprojekte, im Rahmen derer auch bewusst Schwerpunkte in den Randbezirken gesetzt werden. Der allgemeine Ressourcenfluss ist ebenfalls ein umfassenderer.

Im Rahmen der ExpertInnengespräche im Wiener Kontext konfrontierte der Autor Walter Rohn die Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen von Kultur und Kulturpolitik mit verschiedenen Handlungsmöglichkeiten. Was tendenziell abgelehnt wurde, war eine zu starke künstlerische und kulturelle Spezialisierung der einzelnen Bezirke. Die „Sogwirkung“ größerer „Leuchtturmprojekte“ sehen die ExpertInnen ebenfalls kritischer. Gut bewertet werden Schwerpunkte für Jugendkultur. Die Bereitstellung von Raum und Fläche kommt gut an, vor allem auch dann, wenn Häuser der Begegnung darin integriert werden. Allgemein wird ferner unterstützt: ExpertInnenpools aufzustellen; Netzwerke und Cluster von Projekten zu bilden; stärker zu bewerben (derzeit bleibt die Bewerbung meist den Initiativen selbst überlassen); sowie Finanzierungsansätze, die über die öffentliche Hand hinausgehen, etwa über Experimentieren mit „Crowd-Funding“. Mit den angeführten Maßnahmen umreißt der Autor einen neuen und möglichen kulturpolitischen Ansatz für die Wiener Außenbezirke. Im Verbund mit einer intensiveren Förderung dezentraler Kulturprojekte sollen diese Initiativen zu einer Verbesserung der kulturellen Infrastruktur der städtischen Peripherie beitragen.

Wenn von der Wissensgesellschaft oder der Wissensökonomie ausgegangen wird bzw. werden soll, so kommt Kunst und Kultur eine Vorreiterrolle bei Kreativität zu. Kunst und Kultur verhalten sich als Milieus von und für Kreativität, Kunst und Kultur übernehmen damit eine positive und wichtige Rolle zur Förderung von Kreativität. Damit unterstützt Kunstförderung auch die *Creative Know-*

ledge Base. Grundsätzlich gibt es für Wien bereits Ansätze einer „Wissensstadt“. Jetzt gilt es, diese Ansätze konsequenter und überzeugender in die Praxis umzusetzen. Das Buch von Walter Rohn lädt zu einer spannenden intellektuellen Auseinandersetzung ein und liefert wichtige Orientierungspunkte, wie sich Kulturpolitik anders denken und damit auch verbessern lässt.

David F. J. Campbell (Wien)
E-mail: david.campbell@aau.at

Ilker Ataç/Sieglinde Rosenberger (Hg.)

POLITIK DER INKLUSION UND EXKLUSION, Göttingen
2013, V & R unipress (Vienna University Press), 237 S.,
25,99 EUR.

Migration und die Relevanz von Migration werden zunehmend. Trends wie Globalisierung, soziale Heterogenisierung und transnationaler Austausch laufen hier zusammen. Migration fordert die „liberal-demokratischen Systeme“ und das „Nationalstaatsprinzip“ (S.9) im Besonderen heraus, da politische Rechte und Teilnahme an Politik zumeist nur über Staatsbürgerschaft (zumindest bisher) zugänglich und möglich sind. Der Themenkreis der Migration ist in vielfältiger Art und Weise mit Politik von Inklusion und Exklusion verknüpft. Vorliegendes Buch wählt dafür einen interessanten analytischen Zugang. „Inklusion und Exklusion“ beziehen sich auf gesellschaftliche (auch politische) Phänomene, „Inklusion/Exklusion“ hingegen werden eingeführt als analytische Konzeptualisierung und Konzeptualisierungsmöglichkeit für den gewählten empirischen Bezug (S.11). Das Buch plädiert überzeugend dafür, warum der Begriff der „Integration“ problematisch ist und durch den Begriff der „Inklusion“ abgelöst werden soll.

Das Eigenverständnis des hier besprochenen Buches wird gleichsam durch zwei Erkenntnisebenen definiert und gestaltet: (1) Prozesse von Ausgrenzung und Eingrenzung gilt es, über sozialwissenschaftliche Forschung zu erschließen, wobei Migration in den noch größeren Kontext von sozialer Ungleichheit gestellt wird. Mehrfach gibt es Anzeichen, dass soziale Ungleichheit zunimmt, so etwa bezogen auf Einkommen und Vermögen. Damit ist soziale Ungleichheit viel weiter zu fassen, spricht also Spaltungstendenzen in der Gesellschaft an, welche die Legitimität von Politik infrage stellen. Migration fügt sich auch an diesen Themenkomplex an. (2) *Inklusion/Exklusion* wird als neues Konzept eingeführt. Das soll heißen, dass sich Inklusion und Exklusion zueinander im Sinne eines Kontinuums darstellen lassen. Noch bedeutsamer aber ist hier das Verständnis, dass Inklusion und Exklusion (als Modalitäten) auch gleichzeitig auftreten können und häufig auftreten werden, hier also politische Prozesse der Öffnung und Schließung parallel greifen. Für Migration bedeutet das, dass im Rahmen von Migrationspolitik kom-

plexe Abstufungen an Inklusion und Exklusion vielfach gleichzeitig auftreten. Damit entwickelt sich die Positionierung von MigrantInnen in unterschiedlichen Rechtsdimensionen (Rechtssphären) unterschiedlich und geschehen Phänomene und Prozesse von Inklusion/Exklusion oft in Wechselhaftigkeit. Während beispielsweise politische Rechte zumeist mit Staatsbürgerschaft verknüpft sind, können soziale Rechte auch auf Aufenthalt basieren. Zunehmend lassen sich „[a]bgestufte Formen von Exklusion ebenso wie abgestufte Formen von Inklusion“ (S.9) konstatieren. Die konzeptionelle Innovation der *gleichzeitigen Inklusion/Exklusion* erlaubt also differenzierende Sichtweisen.

Organisatorisch strukturiert sich das Buch in drei Abschnitte. Teil 1 fokussiert auf Theorien und Konzepte. Martin Kronauer liefert als Einstieg einen umfassenderen Überblick zu Exklusion als Form der Ausgrenzung in Gesellschaft. Ilker Ataç und Sieglinde Rosenberger führen detailliert die abgestufte und ungleiche Verteilung von Inklusion/Exklusion entlang verschiedener Rechtsdimensionen aus. Christoph Reinprecht bespricht (in einer mehr soziologischen Betrachtung) die Ausgrenzung über sozialräumliche Segregation. Oliver Gruber und Florian Walter entwickeln das spannende Unterfangen, darüber nachzudenken, wie sich Rechte (politische Rechte) jenseits von Staatsbürgerschaft konzeptionell begründen lassen. Dafür ist eine abgestufte Wechselwirkung zu Betroffenheit und Unterwerfung denkbar („all-affected principle“ und „all-subjected principle“). „Betroffenheit/Unterworfenheit“ (83) sind in einem Wechselbezug zu Inklusion/Exklusion vorstellbar.

Teil 2 setzt sich empirisch mit Instrumenten und Prozessen von Migrationspolitik und „territorialer“ Exklusion aus einer komparativen Perspektive auseinander. Christin Achermann analysiert die Abschiebung von strafrechtlich verurteilten ausländischen Staatsangehörigen in der Schweiz, schlussfolgernd, dass für Behörden die Argumente nationaler Sicherheit und öffentlicher Ordnung überwiegen. Sieglinde Rosenberger und Jakob Winkler betrachten zivilgesellschaftlichen Protest gegen die Abschiebung von AsylbewerberInnen in Österreich, und halten fest, dass dies vor allem auf lokaler Ebene passiert, und als Form von Vorbedingung soziale Kontakte zwischen AsylbewerberInnen und „Mehrheitsbevölkerung“ (130) verlangt. Amanda Klekowski von Koppenfels meint, dass (trotz vieler Ähnlichkeiten) Einbürgerungstests in den USA mehr inklusionsbetonend sind als in Deutschland – hier würden also unterschiedliche politische Grundintentionen zum Ausdruck kommen. Julia Mourão Permoser argumentiert, dass Integrationsvereinbarungen in Österreich weniger real, hingegen mehr symbolisch ausgrenzend wirken.

Teil 3 adressiert den Themenkomplex der Politisierung von Migration in Österreich. Wie Sarah Meyer und Teresa Peintinger für Österreich ausführen, verfügen in medialen Debatten die MigrantInnen kaum über AkteurInnenstatus, sondern sind in einer „StellvertreterInnenlogik“ auf zivil-

gesellschaftliche Organisationen angewiesen. Wie die Autorinnen betonen, manifestiert sich, „[...] dass exkludierende Forderungen nahezu ausschließlich von Regierung, Parteien und Medien – allesamt etablierte und einflussreiche Akteure im Zentrum des politischen Systems – in der Debatte eingebracht werden“ (194). Alexandra König untersucht (unter Anwendung diskursanalytischer Verfahren) für parlamentarische Debatten zu asyl- und fremdenrechtlichen Gesetzesmaterien, ob und wie das Recht auf Schutz thematisiert wird. Sie stellt fest, wie Konstruktionen bestimmter Typen von Kategorien (etwa „Asylsuchenden“) oft eine verengende Rechtswirkung nach sich ziehen. Florian Walter zeigt (auf Basis einer Peer-Survey in drei österreichischen Städten) auf, dass für Jugendliche nicht „gemeinsame Abstammung oder kulturelle Assimilation“ vorrangig zählen, sondern aus Sicht der Jugendlichen den „Aspekten [von] Wohnbürgerschaft und daraus erwachsenden Verpflichtungen“ (230) die zentrale Referenz für Rechte zuerkannt werden soll.

Vorliegendem Buch gelingt es aus einer *trans-thematischen* (auch *interdisziplinären*) Betrachtungsperspektive sehr gut, den Komplex der Migration umfassend darzustellen. Über die konzeptionelle Einführung von „*Inklusion/Exklusion*“ (konzeptionell nicht gleichbedeutend mit „*Inklusion und Exklusion*“) wird aus analytischer Sicht eine bedeutsame Innovation geleistet. Damit lassen sich Politik (Plural „Politiken“) komplexer deuten und werden Anknüpfungsmöglichkeiten zu anderen Themen (Feldern) eröffnet. Ferner rückbindet das an zentrale Fragen und Fragestellungen zu Demokratie, Demokratietheorie oder auch Demokratiequalität, also was kann und soll die Basis für Rechte (auch politische Rechte) sein in politischen Systemen – im Kontext von voranschreitender Globalisierung, Transnationalisierung und Migration.

David F. J. Campbell (Wien)

E-mail: david.campbell@uni-klu.ac.at

Manfred Stelzer

THE CONSTITUTION OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA:
A Contextual Analysis. Constitutional Systems of the
World. Oxford/Portland 2011, Hart Publishing, 294 S.,
27,13 EUR.

Knapp und prägnant und dennoch äußerst aufschlussreich ist eine Darstellung der österreichischen Verfassung, die vor Kurzem im britischen Verlag Hart Publishing erschienen ist. Ihr Autor ist Manfred Stelzer, Universitätsprofessor am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien.

Die Verlagsreihe Constitutional Systems of the World richtet sich an ein breites, internationales Publikum. In einer für juristische Laien zugänglichen Sprache werden neben der Darstellung des Verfassungstextes auch histo-

rische Ereignisse behandelt, die die Verfassungsentwicklung, ihre juristische Interpretation, vor allem aber ihre Anwendung durch die Politik geprägt haben. Aus diesen Vorgaben ist in der hier besprochenen Publikation eine gelungene Mischung aus Verfassungskommentar und politikwissenschaftlicher Kurzanalyse entstanden. In sieben Kapiteln werden auf knapp 300 Seiten die österreichische Verfassungsgeschichte, die Grundzüge der Verfassung, Parteien und Sozialpartnerschaft, Staatsgewalten, Föderalismus, autonome Körperschaften und schließlich die Grundrechte behandelt.

Die vergleichende Politikwissenschaft zählt Österreich zu den Demokratien mit einer sehr „flexiblen“ Verfassung. Die – im internationalen Vergleich – niedrige Hürde einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat für Verfassungsänderungen verdanken wir der Interpretation des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) durch die maßgeblichen politischen Akteure als provisorische Grundlage für den neuen Staat, der mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der Monarchie entstanden war. Die beiden in einer Koalition aus Staatsräson vereinten politischen Parteien, die Christlichsoziale Partei und die Sozialdemokratische Partei, hatten ihre Differenzen in zentralen Verfassungsbereichen, bei der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern und bei den Grundrechten bis zur Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1920 nicht beseitigen können. Beide hegten die Vorstellung, die neuen Regeln später – unter günstigeren politischen Konstellationen – relativ einfach an eigene Staatsideale anpassen zu können. Die Entstehungsgeschichte macht auch die Nüchternheit des Verfassungstextes verständlich, der keine hochtrabende Präambel und hehren Staatsziele enthält.

Das fehlende Inkorporationsgebot für Verfassungsänderungen führte dazu, dass das Parlament, insbesondere unter den mit einer Verfassungsmehrheit ausgestatteten „Großen Koalitionen“ in der Zweiten Republik, den Korpus des österreichischen Verfassungsrechts um eine Vielzahl an Verfassungsgesetzen und Verfassungsbestimmungen erweiterte. Für eine Darstellung der österreichischen Verfassung als Gefüge der zentralen politischen Institutionen und ihrer Spielregeln muss man notwendigerweise auch das umfangreiche Verfassungsrecht außerhalb der Verfassungsurkunde behandeln. Auch nach den in der letzten Dekade unternommenen Anläufen zu einer gründlichen Verfassungsbereinigung konstatiert der Autor: „Austrians never were nor will be able to have ‚their‘ constitution in a handy little book“ (22). Mit seinem Buch hat Stelzer allerdings einen guten Schritt in diese Richtung unternommen.

Die Darstellung zum österreichischen Föderalismus ist ebenso aufschlussreich. Sie zeigt die Kontraste zwischen manchen Vorstellungen der Verfassungsgeber und der Verfassungsentwicklung Jahrzehnte danach. Der eigenständige Beitrag des Verfassungsgerichtshofs durch seine Verfassungsinterpretation wird hier besonders deutlich.

Dass heute in neuen Politikfeldern, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Verfassung nicht existierten, wie beispielsweise Umweltschutz, sowohl Bund als auch Länder legislativ tätig sind, war auf Grundlage des Verfassungstextes nicht prognostizierbar. Die in der Bundesverfassung verankerte Generalklausel (Artikel 15 B-VG) weist alle nicht explizit anders geregelten Politikmaterien in Gesetzgebung und Vollziehung dem Kompetenzbereich der Länder zu.

Trotz der notwendigen Kürze der Darstellung gibt es auch einige Anekdoten, etwa zu Johann Strauss' *Donauwalzer* und der Niederlage der Habsburger-Monarchie gegen Preußen 1866 bei Königgrätz. Im Charakter gleicht das Buch einem angelsächsischen „Textbook“ mit weiterführenden Literaturhinweisen am Ende jedes Kapitels.

Für StudienanfängerInnen der Politikwissenschaft in Österreich ist dieses englische Taschenbuch sehr empfehlenswert. Sie erhalten eine Darstellung der Verfassung, die durch die Einbettung in den politischen Kontext leichter zu lesen ist als eine pure juristische Einführung in das österreichische Verfassungsrecht. Ein direktes deutschsprachiges Äquivalent ist mir nicht bekannt. Als Zusatznutzen aus der englischsprachigen Lektüre machen sich Studierende mit relevantem Wortschatz bekannt, der ihnen in den besten Fachzeitschriften der Politikwissenschaft, die in der Regel in englischer Sprache sind, während des Studiums immer wieder begegnen wird.

Marcelo Jenny (Wien)

E-Mail: marcelo.jenny@univie.ac.at

Peter Mair

RULING THE VOID. THE HOLLOWING OF WESTERN DEMOCRACY. Edited by Francis Mulhern. London 2013, Verso, 174 S., 31,55 EUR.

Als der irische Politikwissenschaftler Peter Mair 2011 überraschend verstarb, hinterließ er ein unfertiges Buchmanuskript über das Ende der Parteiendemokratie, das sich als Ausarbeitung eines gleichnamigen, 2005 in der *New Left Review* publizierten Aufsatzes verstand (Mair 2006). Das Ergebnis liegt nun in einer von Francis Mulhern bearbeiteten Form vor und besteht aus zwei Teilen: Einleitung und Kapitel 1–3 entsprechen dem Manuskript, das lange vierte Kapitel wurde vom Herausgeber aus drei Zeitschriftenbeiträgen Mairs der Jahre 2005, 2007 und 2011 zusammengestellt. Ausgehend von Elmer E. Schattschneiders 1942 getroffener These (Schattschneider 1942), dass demokratische politische Systeme durch die Existenz starker repräsentativer Parteien definiert sind, konstatiert Mair, dass mit dem gegenwärtig feststellbaren Niedergang von Parteien auch die Demokratie selbst auf dem Prüfstand steht. Zentrales Argument des Buches ist, dass der Parteienverfall das Resultat eines zweiseitigen antipoliti-

schen Rückzugs darstellt: Wählende entziehen sich zunehmend der politischen Arena, während sich die Eliten von elektoralen Unsicherheiten sowie politischen Prozessen abschotten und homogenisieren. Effekte sind einerseits die „populistische Herausforderung“, die mit der wachsenden Kluft zwischen Regierten und Regierenden zusammenhängt und die Existenz einer politischen Klasse selbst zum Gegenstand der Politik werden lässt; andererseits die breite Akzeptanz der Depolitisierung von Entscheidungsprozessen.

Das erste Kapitel des Buches fasst die verfügbaren empirischen Daten zu politischer Beteiligung in Europa zusammen und zeichnet die großen Trends der Erosion der Massenparteien und ihrer Bedingungen nach. Die nach allen Indikatoren feststellbaren Beteiligungsrückgänge interpretiert Mair dabei als Folge des Bedeutungsverlusts politischer Differenzen zwischen Parteien und des Parteienwettbewerbs für den Ausgang von Entscheidungsprozessen insgesamt. Das Aufkommen eines geteilten Parteienkonsens in den letzten 30 Jahren, den Mair u.a. mit dem Beispiel abwesender Parteiendifferenzen im Rahmen der Finanzmarktliberalisierung in den 1980er-Jahren untermauert, bildet das Thema des zweiten Kapitels. Mit dem Wegfall parteiförmiger politischer Identitäten, für den nie ein stabiles alternatives politisches Interpretationsschema etabliert wurde, breche letztlich die Legitimation des Regierungsmodus der Parteienregierung und der Parteien zusammen. Die Aufweichung repräsentationeller Beziehungen von Parteien beantworteten diese mit einer Verlagerung ihres zentralen Bezugspunkts von der Gesellschaft in Richtung Regierung bzw. Staat. Analog zur 1995 von Mair gemeinsam mit Peter S. Katz getroffenen Analyse des europäischen Parteienwandels in Richtung der Kartellpartei argumentiert das dritte Kapitel, dass sich Parteien ihre, infolge der Zurücknahme repräsentativer Funktionen reduzierten Ressourcen nunmehr vom Staat ausgleichen lassen. Das vierte Kapitel widmet sich der umfassenden Analyse der Europäischen Union. Darin analysiert Mair das Demokratiedefizit auf europäischer Ebene nicht als Ergebnis eines verlangsamt Integrationsprozesses, sondern als geplantes Systemdesign europäischer politischer Eliten. In Form einer geschützten Sphäre erfülle die EU die Funktion, die Ansprüche von Wählenden und ihrer Repräsentation zu zerstreuen und nationalen Regierungen das „blame game“ zu ermöglichen, bei dem die Verantwortung für Entscheidungen herumgereicht wird. Die Debatte über Antieuropäismus bzw. Euroskeptizismus sollte daher stärker in Richtung der Beförderung von Opposition auf europäischer Ebene und zu den bestehenden technokratischen Regierungsmodi geführt werden.

Ruling the Void ist ein definitiv unabgeschlossenes Buch. Dies wird teilweise auch an der mangelnden Thematisierung der Beziehungen von politischen Verhältnissen und ökonomischen Prozessen oder staatlicher Transformationsprozesse deutlich. Nichtsdestotrotz stellt es einen

pointierten, die empirische Datenlage diskutierenden leidenschaftlichen Beitrag zur Erläuterung der Mechanismen der Depolitisierung politischer Systeme dar. Mair nimmt dabei auch die Politikwissenschaft in die Pflicht: Mit dem Hang zu deliberativer Demokratietheorie und der Bewerbung des rationalen Konsens habe die Politikwissenschaft Entpolitisierungsprozesse begleitet und Demokratiedefinitionen geliefert, in denen die Aspekte der Massenbeteiligung und der Inputlegitimität zugunsten von Effektivität und Orientierung am Output verschwanden. Die Argumentation des Buches reiht sich in die vielfach, etwa von Colin Crouch (Crouch 2008; 2011) oder Wolfgang Streeck (Streeck 2013) konstatierte Analyse gegenwärtiger postdemokratischer Zustände ein. Seine Originalität liegt darin, die Debatte um die Bedeutung des Parteienaspekts zu erweitern.

Armin Puller (Wien)

E-Mail: armin.puller@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Crouch, Colin (2008). Postdemokratie, Berlin.

Crouch, Colin (2011). Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II, Berlin.

Mair, Peter (2006). Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy. *New Left Review* 42, November–December 2006.

Schattschneider, Elmer Eric (1942). *Party Government*. Brunswick/London.

Streeck, Wolfgang (2013). *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.

Günther Sandner

OTTO NEURATH: EINE POLITISCHE BIOGRAPHIE. Wien

2014, Paul Zsolnay Verlag, 352 S., 24,90 EUR.

Es mag an der Unterschiedlichkeit der Gebiete, auf denen sich Otto Neurath [1882–1945] (wissenschaftlich) betätigte, gelegen haben, dass oft nur Teile seines Werks rezipiert wurden. Diese Fragmentierung wird dem universell Gelehrten indes nicht gerecht, erschwert bzw. verstellt sie doch leicht den Blick auf die politischen Gedanken, die in all seinen Schriften zu finden sind.

Günther Sandners Verdienst ist es nun, mit der ersten umfassenden Biografie zu Otto Neurath ein Werk vorgelegt zu haben, das nicht nur den Menschen, den Intellektuellen, sondern auch den politischen Denker sichtbar macht. Die Verbindung aller Tätigkeitsfelder des Neurath'schen Œuvre legt die „übergreifende“ Idee dahinter frei: jene von der Glücksmaximierung möglichst aller Menschen.

Neurath sah das kapitalistische System als fehlerhaft und ungeeignet zur Verwirklichung dieses Glücks für alle Menschen. Er glaubte an den Sozialismus und imaginierte eine „sozialistische Lebensordnung [...], die gesteigerte Leistungen ohne völlige Schematisierung allen persönlichen Lebens, vielleicht sogar größere Mannigfaltigkeit des Daseins aufwiese“ (Neurath, zit. n. Sandner 2014, S.118).

Der von ihm vorgeschlagene Weg der Vollsozialisierung trug ihm harsche Kritik ein und ließ ihn auch in linken Kreisen eine radikale Sonderposition einnehmen.

Otto Neurath war nicht nur ein Denker, er war auch ein „Macher“. Es genügte ihm nicht, seine Theorien nur schriftlich darzulegen, sondern er ergriff jede Möglichkeit der praktischen Umsetzung. Seine zahlreichen Schriften, sein Engagement in der Siedlerbewegung im Wien der Zwanzigerjahre; seine Mitgliedschaft im Wiener Kreis, dessen wichtiger Vertreter er war; die Gründung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, die in Zusammenarbeit mit dem Grafiker Gernd Arntz entwickelte Bildsprache; selbst in seinen grundsätzlichen Überlegungen auf dem Gebiet der Kriegswirtschaftslehre, deren Vernachlässigung innerhalb der Volkswirtschaftslehre er kritisierte – Neurath hatte stets die Lebensverhältnisse der Menschen und deren Verbesserung im Auge. Unter seine Ägide als Präsident des Zentralwirtschaftsamtes während der Münchner Räterepublik 1919 fällt der einzige praktische Versuch einer umfassenden Sozialisierung in der Weimarer Republik. Im Den Haager Exil legte er nicht die Hände in den Schoß, sondern lernte Niederländisch und führte seine Arbeit trotz widriger Bedingungen fort. Sogar im britischen Internierungslager auf der Isle of Man verließ ihn weder sein Elan noch sein Humor, im Gegenteil: Er machte aus seiner Internierung eine Art teilnehmende Beobachtung. „I was always interested in british [sic] prison life, and had paid some pounds for such an experience – now I got it gratis“ (Neurath zit. n. Sandner 2014, S.266).

Günther Sandner hat mit diesem Buch der Person und dem Werk Otto Neuraths in allen Facetten Rechnung getragen. Sandners Biografie besticht durch das gewissenhaft gesichtete und zusammengetragene Quellenmaterial. Er behält dabei immer den politischen Menschen Neurath im Auge (siehe Untertitel) – die detailreichen Schilderungen erlauben jedoch auch zahlreiche „Seitenblicke“, z.B. die Gründe für die Auszeichnung mit dem „Goldenen Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille“. Es ist dieser Quellenreichtum, durch den man Auszüge aus unbekanntem Aufsätzen lesen und etwas über bisher weniger erforschte Aspekte seiner Arbeit erfahren kann. Für Personen mit Vorkenntnissen zu Otto Neurath und seinen Schriften stellt dieses Buch daher ebenso eine lohnende Lektüre dar wie für jene, die Neurath durch diese Biografie neu kennenlernen. Dank der verständlichen Sprache und dem strukturierten Aufbau ist dieses Buch auch für ein Publikum außerhalb wissenschaftlicher Kreise empfehlenswert. Das Buch skizziert einen „menschenfreundlichen“ Gelehrten, dessen Schaffen von der Idee geleitet war, Menschen zu befähigen, ihr Leben selbst zu gestalten und ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. „[I]m vollen Bewußtsein unvollkommener Einsicht kraftvoll und geschlossen zu handeln, ist eine schwere Aufgabe“ (Neurath zit. n. Dvorák 1997, S.34). Neurath lieferte wichtige Impulse für die politische Bildung und Erziehungsarbeit. Bildung und Wissenschaft kommt in seinen Überle-

gungen die Rolle von Werkzeugen zu, mit denen die Menschen die schwere Aufgabe, die Welt zu erkennen und selbstbewusst zu gestalten, „kraftvoll“ wahrnehmen können – wenn auch ohne endgültige Gewissheiten. Dass diese Aufgabe eine lohnende ist, daran hat Neurath keinen Zweifel gelassen. Diese Überlegungen, besitzen, bei aller Zeitgebundenheit seiner Texte, nach wie vor Aktualität und werden mit diesem Buch in Erinnerung gerufen.

Elvira Zak (Wien)

E-Mail: elvira.zak@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Dvorák, Johann (1997). Otto Neurath, proletarische Demokratie und demokratische Planung, in: Arbeit und Politik. Mitteilungsblätter der Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen, Nr. 19, 32–39.

Günther Pallaver (Hg.)

UMSTRITTENE DENKMÄLER. Der Umgang mit der Vergangenheit, Bozen/Bolzano 2013, Edition Raetia, 248 S., 19,90 EUR.

Der Begriff Erinnerungskultur hat Konjunktur – und das ist wichtig so. Gerade im Jahr 2014 – 100 Jahre nach dem Kriegsbeginn von 1914, 75 Jahre nach jenem von 1939, 25 Jahre nach der Transformation der bis 1989 kommunistisch regierten Länder Osteuropas – wurde der Begriff der Erinnerung und damit des Umgangs mit Vergangenheit häufig diskutiert.

In diese Richtung geht auch das von Günther Pallaver herausgegebene Buch *Umstrittene Denkmäler – Der Umgang mit der Vergangenheit*. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Erinnerungskulturen in ethnisch fragmentierten Gesellschaften und der Frage, wie „mit Konflikten rund um Denkmäler, Geschichte, Symbole, Sinnbilder und mit Erinnerungsorten umgegangen wird“ (S.7).

Im ersten Beitrag (*Erinnerung, Konflikt, Vertrauen. Von der dissoziativen zur assoziativen Erinnerungskultur*; 13–42) geht Pallaver auf das Bozner Siegesdenkmal als ein Beispiel für geteilte Erinnerung ein. Um diese zu überwinden, sei es notwendig, von einem dissoziativen zu einem assoziativen Konfliktlösungsmodell zu kommen (S.33). Gerade in ethnisch fragmentierten Gesellschaften führe dieses Modell nicht zu einem Aufgehen der Minderheit in der Mehrheit, sondern es werde Trennung durch Kooperation ersetzt und in weiterer Folge die konkreten Interessen über das Ethnische gestellt: „Die Herausbildung einer gemeinsamen Erinnerungskultur und ihrer Integration bedeutet nicht Einebnung der Erinnerungskulturen, sondern stellt unterschiedliche Sichtweisen, Befindlichkeiten, Einschätzungen, Gewichtungen, Interpretationen usw. zur Diskussion“ (S.35). Es gehe dabei nicht um ein gemeinsames Endergebnis, sondern um einen ständigen

dialektischen Prozess zwischen den unterschiedlichen Sprachgruppen.

Hans Henning Hahn (*Erinnerungsorte und Nachbarschaft. Methodische Überlegungen zur Erforschung von Erinnerungskulturen*; S.43–63) überlegt, wie kollektive Erinnerungskulturen von einzelnen als auch von benachbarten Gesellschaften erforscht werden können. Gemeinsame Erinnerungsorte können sich zwar oft auf die gleiche Geschichte beziehen, werden „fast immer aber auf unterschiedliche Art und Weise und vor allem mit höchst unterschiedlichen Sinngestaltungen“ erinnert (S.59). Zum einen gehe es dabei um die Geschichte von konkreten Erinnerungsorten, zum anderen um die Identitätsstiftung für die betroffenen Gruppen und schließlich um die Rolle dieser Erinnerungsorte in der jeweiligen Erinnerungskultur (S.61).

Vertrauen bilden. Die Gestaltung einer gemeinsamen Vergangenheit und symbolischer öffentlicher Räume in gespaltenen Gesellschaften lautet der Titel des Beitrags von Magdalena Dembinska (S.65–108). Dembinska beschreibt Wege, die zur Versöhnung zwischen *uns* und *ihnen* führen könnten (S.77f.). Symbole könnten, ähnlich wie integrative Mythen, neue Formen annehmen. Wichtig dabei sei, dass Symbole aufeinander abgestimmt seien, wie Dembinska nicht nur am Beispiel der polnischen Stadt Goldapia/Goldap eindrucksvoll aufzeigt. „Vertrauensbildung zwischen Gruppen ist ein Prozess, in dem Mythen verändert werden. Es geht dabei nicht um die Suche nach ‚der Wahrheit‘, sondern um einen Prozess, in dem verschiedene Perspektiven auf den Tisch gelegt werden, so wie es im Buch von Gross (zu Jedwabne, Gross 2001) oder im Schulbuch über polnische Juden der Fall ist. Die Koexistenz verschiedener Interpretationen von Geschichte und Wissen sowie deren Verständnis führen zu einer Veränderung der Geschichtsauffassung und tragen dazu bei, Stereotype abzuschwächen“ (S.100).

Im nächsten Kapitel beschreibt Hans Heiss die *Denkmalandschaft Südtirol. Altlasten und neue Dynamiken der Zeitgeschichte* (S.109–134). Speziell das faschistische Regime habe nach der Machtübernahme begonnen, „einen prägenden Erinnerungsgürtel quer durch das Land zu ziehen“ (S.116), so etwa das Siegesdenkmal in Bozen oder die diversen Ossarien. Die unterschiedlichen Gedächtnisgemeinschaften beschreibt Heiss anhand signifikanter Jahrestage: der 25. April als Tag der Befreiung (vorwiegend in der italienischen Sprachgruppe), der 4. November als Gedenktag des Sieges im Ersten Weltkrieg (vorwiegend bei Nationalen, Konservativen und Rechten) und der 20. Februar, der Todestag Andreas Hofers (vorwiegend bei der deutschen Sprachgruppe) (S.121). Generell sieht Heiss aber „auch in Südtirol seit gut zehn Jahren die Auswirkungen einer europäischen Erinnerungspolitik mit unifizierender Wirkung“ (S.122). Seit etwa 15 Jahren sei ein verstärktes „Bemühen um eine wechselseitige Anerkennung und Überwindung der gespaltenen Memorialkulturen“ (S.127) feststellbar.

Anschließend an Heiss zeigt Giorgio Mezzalana in seinem Beitrag *Geteilte Erinnerung. Faschistische Denkmäler und Symbole in Südtirol zwischen Konflikt und Historisierung* (S.135–164), „wie in Südtirol das Bedürfnis, über die Brüche der eigenen Vergangenheit hinwegzusehen, zu einer schleichenden Parzellierung der Geschichte führt“ (9). Am Beispiel des Siegesdenkmals, das Adlers an der Drususbrücke (beide in Bozen/Bolzano) und des Alpindenkmals in Bruneck/Brunico versucht Mezzalana Antworten auf die Frage zu finden, warum diese den Faschismus glorifizierenden Relikte nicht entfernt wurden.

Es folgen noch drei regional entferntere Beispiele: zum einen Robert Traba (*Miterbe oder die Bedeutung fremder/nicht eigener Denkmäler für unsere Kulturlandschaft. Betrachtungen aus deutsch-polnischer Erfahrung*; S.165–176), zum anderen Paolo Nicoloso (*Denkmäler und Erinnerung an der italienischen Ostgrenze zwischen 1920 und 2006*; S.177–215) und schließlich Peter Gstettner.

Peter Gstettner kommt zur Kärntner Geschichte, in der immer die Politik festgelegt hatte, was der Mehrheitsbevölkerung „zumutbar“ sei (S.218). Wenngleich Fakten nicht aus der Welt geschaffen werden könnten, gäbe es zahllose Wege und Mittel, „unliebsame Vergangenheiten durch kollektives Verschweigen, Unterdrücken und Verfälschen zu Tabuthemen zu machen“ (S.237). Erinnern und Vergessen zeigen die Gleichzeitigkeit von Vergessen und Verdrängen, Verfälschen und Umdeuten und es müssten die diversifizierenden Strategien dahinter sichtbar gemacht werden um die Durschaubarkeit von Machtstrukturen zu erhöhen: „Die Wunden der Geschichte, insbesondere der NS-Geschichte, und die Narben der bisherigen, selektiv verfahrenen ‚Vergangenheitsbewältigung‘ werden unsere Nachkommen noch über Generationen hinweg beschäftigen“ (S.141).

Einleitend schreibt Pallaver davon, „dass der in ethnisch fragmentierten Gesellschaften sehr oft kontrovers und antagonistisch geführte Diskurs über ‚Denkmäler‘, die paradigmatisch für alle Formen von Erinnerung stehen, überwunden werden kann. Wo immer es gelingt, die ethnische Dimension zu dekonstruieren, lassen sich Brücken der Erinnerung und Brücken zur Erinnerung der Anderen bauen“ (S.11). Der vorliegende Band zeigt sehr gut nachvollziehbar auf, wie diese Brücken entstehen könnten und wo sie bereits geschaffen wurden. Überdies ist es gelungen, stilistisch ansprechende Beiträge zu präsentieren, die neue Ansätze in der Diskussion zur Erinnerungskultur geben.

Reinhold Gärtner (Innsbruck)
E-Mail: Reinhold.Gaertner@uibk.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Gross, Jan T. (2001). *Neighbors. The Destruction of the Jewish Community in Jedwabne*, Princeton.